

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtner-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich. Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh.

Schriftleitung und Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtner-Fachblatt“ durch die Post 3.-Mk. unter Streifenband 3 50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtner-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.—Mk., unter Streifenband 1.30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtner-Fachblatt“

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des A. D. G. V. erhalten auch während dieser Zeit die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung regelmäßig zugestellt. Die Zustellung erfolgt vierzehntägig durch Feldpostbrief. Bei etwaigem Ausbleiben ist dies sofort der zuständigen Versandstelle zu melden und dabei jedesmal die genaue Feldadresse (ohne Abkürzungen!) mitzutellen. — Von der Beitragsleistung sind die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder befreit. (Mitgliedsbücher sind beim Verbandsamt zum Aufbewahren zu hinterlegen.)

Das „Gärtner-Fachblatt“ wird während der Kriegszeit nicht herausgegeben; sein Anzeigenteil erscheint in dieser Zeit in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“. — Anzeigen-Bedingungen: Die Halbspalten Nonparellexeile 30 Pfg. Bei Wiederholungen Ermäßigung. Schluß der Anzeigen-Akademie eine Woche vor dem Erscheinungstage. Alleinst. Anzeigen-Akademie:

Josef Wichterich, Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig, Bosestraße 6.

Pflicht für jeden!

„... Ein anderer Weg zur Betätigung seines Geisteslebens bietet der Anschluß an die Berufsorganisation, überhaupt rege Teilnahme an dem Vereinsleben. Es ist heutzutage eine unabweisbare sittliche Pflicht jedes Gärtners, aus seinem engen Kreise herauszutreten und in reger Förderung seines Berufes je nach den seiner Bildung und Fähigkeit gesteckten Grenzen am Standeswohl und -Bewußtsein mitzuarbeiten. Mitzuarbeiten sagen wir, denn die Zugehörigkeit zu einem Verband oder sonstigen Fachverein erschöpft sich nicht darin, daß man seinen Jahresbeitrag zu regelmäßiger Zeit erlegt und im übrigen alles Heil vom Vorstande erwartet, sondern jeder Angehörige eines solchen muß eben selbst nach Möglichkeit tatsächliche Arbeit leisten und in allen den Beruf berührenden Fragen mit raten und taten... Das Gebot der Stunde verlangt daher von jedem Gärtner, der es ernst mit seinem Beruf meint, daß er sich einer Organisation anschließt... Nur ein lückenloser Zusammenschluß aller Berufsangehörigen verbürgt den Fortschritt und Erfolg.“

(Aus: Handelsblatt f. d. d. G., 3. Juni 1916.)

Das neue Gewerkschaftsrecht.

II.

Der von der Reichsregierung dem Reichstage am 2. Mai vorgelegte Auslegungs-Paragraph 17a zum Reichsvereinsgesetz ist in der Vollsitzung des Reichstages am 5. Juni in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen worden. Und zwar ohne Abänderung. Die Verabschiedung ist allerdings nicht ganz glatt vonstatten gegangen. Es wurden ihr noch mancherlei Schwierigkeiten bereitet: sowohl von rechts wie auch von links, das heißt von der äußersten Spitze der Rechten (den Konservativen) und von der äußersten Spitze der Linken (der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft), die am Ende auch geschlossen gegen den Gesetzentwurf stimmten.

Daß in der Bekämpfung und Ablehnung eines Gesetzes grade die äußerste Rechte und die äußerste Linke sich zusammenfinden, ist aber eine Erscheinung, die so alt ist wie das parlamentarische Leben selbst; unzählige Male hat sich das nicht bloß im Reichstage, sondern auch in anderen Körperschaften wiederholt, und es wird damit auch künftighin zu rechnen sein. Selbstverständlich sind es in solchen Fällen immer einander entgegenstehende Gründe, die den ablehnenden Entschluß zeitigen: die einen meinen, das Gesetz biete zuviel, die anderen, es biete zu wenig. So auch im vorliegenden Falle.

Die alte sozialdemokratische (Mehrheits-) Fraktion des Reichstages war sich schlüssig geworden, dem Entwurf ohne Abänderungsanträge zuzustimmen. Sie ging dabei von denselben Erwägungen aus, die schon den Vorsitzenden der Generalkommission, Carl Legien, veranlaßt hatten, sich für den Entwurf zu erklären.

Legiens Darlegungen brachten wir schon in Nr. 20 unserer Zeitung; wir erklärten gleichzeitig, daß uns das in der Vorlage Gebotene zwar auch zu mager sei, wir unsere weitgehenden Forderungen jedoch zurückstellen. Legien hatte u. a. gesagt: „Zu Arbeiten, lediglich zu demonstrativen Zwecken und um nachher lediglich zu erklären, daß für einen Entwurf eine Mehrheit nicht zu erlangen sei, dazu ist bei der jetzigen Geschäftslage der Reichstag nicht imstande. Wenn wir jetzt auf einem unseren Überzeugungen und Wünschen entsprechenden Vereinsgesetz bestehen wollten, so würde die Folge nichts als vergebliche Arbeit sein, und für die Gewerkschaften würde garnichts dabei herauskommen.“ Anders jedoch die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion (die von der alten abgesplitterte Minderheit, die sich als Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft bezeichnet); diese nahm den Standpunkt ein: alles oder nichts, das heißt Erfüllung aller früher erhobenen Forderungen oder Verwerfung der Abschlagszahlung; denn diese bringe den Gewerkschaften in Wirklichkeit sogar mehr Schaden als Nutzen.

Die erste Lesung der Vorlage fand am 10. und 11. Mai statt. Der Redner der Zentrumsparlei, Abgeordneter Becker, beantragte Verweisung an einen Ausschuß, damit in diesem klargelegt werde, was bei Erlaß des Reichsvereinsgesetzes der Gesetzgeber gewollt hat, und was von den Verwaltungsbehörden vielfach mißachtet worden ist; ebenso zu prüfen, ob am Sprachenparagraphen nicht gleichzeitig gebessert werden könne. Im Ausschuß würde dann von konservativer Seite der Versuch gemacht, die Beratung nach Möglichkeit zu verschleppen. Dr. Oertel beantragte zuerst Vertagung, und dann verlangte er eine Ergänzung der Begründung „durch Abdruck aller Gerichtsentscheidungen, die sich auf das Vereinsgesetz beziehen.“ Die Annahme dieses letzteren Antrages würde eine Verschleppung der Sache vielleicht auf Jahre zur Folge gehabt haben. Beide Anträge wurden aber abgelehnt. Herr Oertel bemühte sich dann noch, die Anhänger der Vorlage, denen diese nicht weitgehend genug, zu Anträgen in Richtung dieser Wünsche zu reizen, um dadurch — die Vorlage zu Fall zu bringen. Von einigen Seiten wurden solche Anträge gestellt, aber sie drangen nicht durch, weil — die alte sozialdemokratische Fraktion sich nicht auf diesen Leim locken ließ. Ihr Redner erklärte, man wolle das Gesetz nicht gefährden und werde darum Abänderungsanträge nicht stellen, auch alle von anderen Seiten in diesem Sinne gestellten Anträge ablehnen. Weitergehende Wünsche auf Beseitigung des Sprachenparagraphen, des Jugendparagraphen, des Ausnahmezustandes für ländliche Arbeiter habe die Fraktion in Resolutionen niedergelegt. Unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes werde sie den Kampf für einen weiteren freihetlichen Ausbau des Vereinsgesetzes wieder eröffnen.

Die Vorlage ging, infolge der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, aus der Ausschußberatung unverändert hervor, und sie wurde nun auch in der Vollsitzung des Reichstages am 5. Juni unverändert angenommen. Gegen die Vorlage stimmte nun die konservative Partei einerseits und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft andererseits. Herr Dr. Oertel sagte u. a.: „Wir lehnen die Verantwortung für diese Gesetzgebung ab. Es ist der erste Schritt der Neuorientierung. Wohin die Reise geht, lassen die anderen Entschließungen des Ausschusses ahnen. Die Bahn, die hier betreten wird, halten wir für verhängnisvoll, vor

allein für die Aufrechterhaltung der in unserer Zeit notwendigen Autorität." Der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Abgeordneter Herzfeld, hingegen schloß seine Darlegungen mit den Worten: „Auch dem kleinsten Fortschritt für die Gewerkschaften hätten wir gern zugestimmt; dieses Gesetz aber enthält keinen Fortschritt, sondern nur neue Gefahren für die Gewerkschaften. Dafür können wir die Verantwortung nicht übernehmen, wir müssen das Gesetz daher ablehnen.“ — So nahe berühren sich also zuweilen die schärfsten Gegensätze.

Die verantwortlichen Praktiker der Gewerkschaften fassen die Sachlage anders auf als die Politiker um Oertel und um Herzfeld. Das Gesetz, bzw. der Auslegungsparagraphe ist ein Fortschritt gegenüber demjenigen Zustande, der durch die richterliche Auslegung vor dem Kriege geschaffen worden war. Hatte der Krieg selbst die Fortsetzung dieser Auslegung zwar unterbrochen, so aber auch nur unterbrochen. Nach dem Kriege würden die Fäden dort wieder weitergesponnen worden sein, wo man sie zunächst liegen ließ. Das ist nun nicht mehr möglich. Der gerichtlichen Spruchpraxis ist eine Grenze gezogen worden, über die hinaus sie nicht mehr gehen kann. Ebenso der polizeilichen Verwaltungspraxis.

Gewiß, übelwollende Staatsanwälte und Richter werden auch jetzt noch, wenn innerpolitische Verhältnisse das begünstigen, irgendwo Stellen finden, ihre übelwollende Auslegung anzubringen. Gegen solche Bestrebungen ist aber kein Gesetz gefeilt, da kann immer nur wieder ein neuer gesetzgeberischer Eingriff helfen.

Vorerst ist den Gewerkschaften zweifellos ein neues Stück Rechtsboden erobert worden. Sache der Gewerkschaften selbst wird es sein, diesen Boden sich ganz zueigen zu machen und die Eroberung der sonst noch notwendigen Gebiete planmäßig und nachhaltig zu betreiben. Das wird jetzt um so leichter werden, als der eine Teil des bisher bestrittenen Bodens uns jetzt auch von den Gegnern als unser rechtmäßiger Besitz zuerkannt worden ist. Der ist nun unser, von dem lassen wir uns nicht mehr verdrängen, von ihm aus streben wir mit größerer Erfolgsaussicht weiter.

„Diesen Boden sich ganz zueigen machen“. Der bekannte Bergarbeiterführer Otto Hué kann nicht umhin zu erklären (Frankfurter Volksstimme, 30. Mai): „Ich kann wohl sagen, daß der weite Rahmen, der nun für die politische Betätigung der Gewerkschaften abgesteckt werden soll, besonders von dem Bergarbeiterverbände bisher nicht ausgenutzt wurde; und auch künftig wird das so bleiben müssen, sollen nicht zerrüttende und lähmende Zuständigkeits- und Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschafts- und politischen Parteiorganisationen unaufhörlich sein.“ Durchaus ähnlich liegt es in unserm Verbandsleben, ja, unser wirtschafts- und sozialpolitisches Betätigungsfeld war schließlich sogar noch enger begrenzt als das des Bergarbeiterverbandes. Man vergleiche nur (A. D. G. Z. Nr. 20), was die regierungsseitige Begründung des Auslegungsparagraphen den Gewerkschaften als Betätigungsfeld zuerkennt.

Das gilt allerdings nur für das Betätigungsfeld selbst. Sonst jedoch verbleiben auch für uns noch recht empfindliche Mängel. Und wir werden unser Teil daransetzen, daß schließlich auch diese beseitigt werden.

Richtlinien für die Erhaltung der diesjährigen Obsternte

Der Ausschuß für Obstbau und Gärtnerei der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat ein Merkblatt herausgegeben, das Richtlinien für die Erhaltung der diesjährigen Obsternte enthält. Da diese auch zahlreichen Lesern unserer Zeitung von Nutzen sein können, so wollen wir sie hier ebenfalls zur Kenntnis bringen.

Die in diesem Jahre der Bevölkerung zur Verfügung stehenden geringen Zuckermengen zwingen unbedingt dazu, die Obsternte in weitestgehendem Umfange ohne Zucker zu erhalten, da im Interesse der Volksernährung ein Verlust an Obst aller Art soweit als nur eben möglich vermieden werden muß.

Da Zucker eingemachtes Obst einerseits nicht nur süßt, sondern auch haltbar macht, und da andererseits zuckerarmes, eingemachtes, aber nicht sterilisiertes Obst leicht verdirbt (gärt, essigstichig wird usw.), ist in den Fällen, wo Zucker angewendet wird, nicht etwa an Zucker zu sparen, sondern nach bewährten bisherigen Vorschriften zu verfahren.

Äpfel und Birnen werden, soweit sie im natürlichen Zustande längere Zeit haltbar sind, zweckmäßig in dieser Form in geeigneten Räumen aufbewahrt und erst allmählich unmittelbar oder verarbeitet verzehrt.

Im übrigen empfiehlt es sich, Äpfel, Birnen und Pflaumen in möglichst großem Umfange zu trocknen (in Backöfen, Bratöfen usw.), da getrocknetes Obst im Laufe des Jahres nach verschiedenen Richtungen hin Verwendung finden kann.

Unreife Stachelbeeren, reife (aber nicht überreife) saure Kirschchen (mit einem Tuch sauber abgewischt) und Rhabarberstengel

(in kleine Stücke zerschnitten) lassen sich in gut verschlossenen Flaschen ohne zuvorige Erhitzung längere Zeit in sehr kühlen Räumen aufbewahren (die fest eingefüllten Rhabarberstückchen und unreifen Stachelbeeren können auch zunächst mit abgekochtem und dann erkaltetem Wasser übergossen werden).

In den sonstigen Fällen kommt Erhitzung und, soweit Sterilisierung nicht durchführbar ist, Anwendung eines chemischen Konservierungsmittels in Betracht, um eine haltbare Dauerware zu bekommen.

Die Sterilisierung bezweckt die Vernichtung der vorhandenen Zersetzungserreger (Hefen und Bakterien) sowie die Verhinderung des Eindringens weiterer derartiger Kleinlebewesen. Infolgedessen kommen für die Sterilisierung im Haushalte Gefäße mit entsprechendem Verschuß (Weckgläser, Glasflaschen mit gut schließenden verlackten oder verpichteten Korken sowie mit Gummiverschlüssen — sogen. Patentflaschen in Betracht. Als Korken können auch alte, zunächst in kaltem Wasser eingeweicht und alsdann kurze Zeit (eventuell unter Zusatz von etwas Salzsäure) gekochte Korken Verwendung finden. Lange Korken — z. B. von Weinflaschen — können in mehrere dicke Scheiben zerlegt werden, und so zum gleichzeitigen Verschließen mehrerer Flaschen dienen. Zum Verlacken ist nicht nur Flaschenlack, sondern auch Pech und Harz geeignet.

Als chemische Konservierungsmittel kommen nur solche in Betracht, deren Genuß in den zur Haltbarmachung erforderlichen Mengen die menschliche Gesundheit zu gefährden nicht geeignet sind.

Es sind dies Benzoesäure und auch Ameisensäure. Benzoesäure wird am zweckmäßigsten als benzoesaures Natron benutzt, ein weißes Pulver, das sich leicht dosieren läßt, und von dem 1 Gramm auf 1 Kilogramm Fruchtmus, ungezuckerten Fruchtsaft und dergleichen zur Haltbarmachung genügt. Mehr als 1,5 Gramm auf 1 Kilogramm Mus usw. sollten jedenfalls vermieden werden. Es ist zweckmäßig, sich die von Fall zu Fall erforderlichen Mengen an benzoesaurem Natron in der Apotheke beim Einkauf abwiegen zu lassen, weil hierfür im allgemeinen im Haushalte geeignete Wagen nicht zur Verfügung stehen.

An Ameisensäure ist mehr erforderlich als an Benzoesäure und zwar etwa 0,25%. Hierbei ist zu beachten, daß die Ameisensäure des Handels eine wässrige Lösung von Ameisensäure darstellt. Die in den Apotheken erhältliche Arzneibuchware ist 25-prozentig. Von dieser ist demnach 1% erforderlich. Es kommen demnach auf 1 Pfund Mus, ungezuckerten Fruchtsaft usw. 5 Gramm, auf 1 Kilogramm 10 Gramm der Arzneibuchware. Auch bei diesem Mittel ist es das Zweckmäßigste, sich die von Fall zu Fall erforderliche Menge in der Apotheke genau abwiegen zu lassen.

Die chemische Haltbarmachung ist allerdings nur da zu empfehlen, wo die übrigen Verfahren aus Mangel an geeigneten Gefäßen oder aus anderen Gründen nicht anwendbar sind, weil es erstrebenswert ist, Obstdauerwaren möglichst naturrein herzustellen.

Zum Sterilisieren dürfen nur sehr sorgfältig gereinigte Flaschen und Flaschenverschlüsse Verwendung finden. Die Korken werden wie bei Weißbierflaschen fest verschraubt, und das Erhitzen der Flaschen mit Inhalt erfolgt in einem Wasserbade. Zu dem Zweck werden die Flaschen mit Papier, etwas Holzwole oder Stroh umwickelt, fest nebeneinander in einen Kochtopf gestellt, der soviel Wasser enthält, daß die Flaschen etwa zu $\frac{1}{4}$ im Wasser stehen und dann der Topf zugedeckt und aufs Feuer gebracht. Sobald das Wasser kocht und auch der Flascheninhalt entsprechend erhitzt ist, läßt man noch etwa 10 Minuten kochen, stellt alsdann den Topf beiseite, bis Abkühlung erfolgt ist. Bei säurearmen Früchten (z. B. Himbeeren) ist es zweckmäßig, die angegebene Erhitzung nach 2 Tagen nochmals für kurze Zeit zu wiederholen. Unmittelbar nach der endgültigen Sterilisierung werden die Flaschenköpfe sorgfältig getrocknet und verlackt.

In der angegebenen Weise lassen sich verschiedene Früchte, Fruchtmuse, Fruchtsäfte, Rhabarber und dergl. haltbar machen. Die Flaschen müssen demnach möglichst kühl, als tunlichst in einem Keller oder in einem anderen kühlen Raum aufbewahrt werden.

Pflaumenmus, Birnenmus und Apfelmus aus reifem Obst läßt sich z. B. kurz Einkochen (so fest, bis es sich schneiden läßt) und in gut mit dichtem Papier überbundenen Tontöpfen aufbewahren, wenn diese unmittelbar nach dem Einfüllen des heißen Mus kurze Zeit in einem Bratofen gestellt werden, bis sich auf der Oberfläche durch Eintrocknung eine Kruste gebildet hat. Zweckmäßig ist es allerdings, diese Kruste mit einer dünnen Harzschicht zu überziehen.

Bemerkt wird noch, daß die Bevölkerung in der Lage ist, sich ungezuckerte Obstdauerwaren demnach beim Genuß nach Belieben mit den ihr regelmäßig zur Verfügung stehenden Zuckermengen nachzusüßen, und daß sich insbesondere auch gemischte Konserven ohne jeglichen Zuckersatz recht schmackhaft herzustellen lassen.

Nationale und antinationale Parteien.

(Worte des deutschen Reichskanzlers, zum Merken für künftige Zeiten.)

In der Reichstagssitzung am 5. Juni ds. Js. hat der Deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eine große Rede gegen gewisse Kriegstreiber gehalten, die alles nur Erdenkbare aufbieten, die friedenspolitischen Absichten der Reichsregierung zu durchkreuzen und den Krieg noch mehr in die Länge zu ziehen. Der Reichskanzler wandte sich in seinen Ausführungen mit allem Nachdruck gegen jene geheimen und offenen Machenschaften, die mit der „Miene des besorgten Patrioten“ verbrämt einhergehen. Er sagte dazu u. a.:

„Die Piraten der öffentlichen Meinung treiben leider **Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Ehre**. Mich greifen sie an als einen Verächter der großen und starken nationalen Traditionen, auf die die alten Parteien dieses Hauses mit Recht stolz sind, und zum Beweise wird angeführt, daß ich mit den Sozialdemokraten liebäugle und die Flaumacher begünstige. Immer wieder heißt es: der Reichskanzler stützt sich ja auf niemand anderen mehr als auf die Sozialdemokraten und auf einige persönlich einflußlose Pazifisten (Friedensfreunde). Meine Herren, soll ich in diesem Krieg, in dem es nur Deutsche gibt, mich an Parteien halten? Ich weiß sehr wohl, die Unterscheidung zwischen nationalen und anderen Parteien hat in der Politik vor dem Kriege eine bedeutende Rolle gespielt. **Aber, meine Herren, die schönste Frucht, die dieser Krieg uns im Innern bringen kann, wird es doch sein, wenn wir diese Unterscheidung ein für allemal zum alten Eisen legen können.** Weil die Sache der Nation eben einfach selbstverständlich ist. Meine Herren, meine Hoffnung hierauf ist unerschütterlich. . . Wir werden Parteikämpfe auch nach dem Kriege bekommen, so schwer, vielleicht schwerer als früher. Es wird eine neue, es wird eine andere Zeit sein, mit neuen geistigen Bewegungen, mit neuen sozialen Ansprüchen, mit neuen Forderungen. Die Zeit wird kommen. Wir werden auch diesen Kampf führen. Aber, meine Herren, wollen wir sie denn vergiften, indem wir immer wieder mit dem alten Schematismus, mit den alten Theorien von nationalen und antinationalen Parteien arbeiten?

Meine Herren, ich sehe die ganze Nation in Heldengröße um ihre Zukunft kämpfen. Unsere Brüder, unsere Söhne, in treuer Kameradschaft kämpfen und sterben sie miteinander. Da ist bei allen die gleiche Liebe zur Heimat. Ob nun die Heimat Reichtum umschließt oder nur die Stätte ist, die das Leben fristet, und diese heilige Flamme der Heimatliebe ist es, die die Herzen stählt, daß sie tagtäglich in tausendfältigen Gefahren dem Tode trotzen und den Tod erleiden. Meine Herren, es gehört doch ein vertrocknetes Herz dazu, um sich dem erdrückenden Eindruck von der Größe und von der Urkraft dieses Volkes zu entziehen. Und sich der heißesten Liebe zu diesem Volke erwehren zu können. Meine Herren, da soll ich trennen? Da soll ich nicht einigen?!

Vor dem Kriege mußte nicht bloß die Sozialdemokratie sich fortgesetzt von jedem, der ihr aus irgendwelchen Beweggründen übelgesinnt war, vorwerfen lassen, sie sei antinational, vaterlandsfeindlich. Derselbe Vorwurf wurde auch gegen die freien Gewerkschaften gerichtet, oft genug, um nicht zu sagen stets aus Geßässigkeit und zu dem Zwecke, um sich damit selbst als ganz besonders national zu empfehlen und sich Sondervorteile zu ergattern. Auch unser Verband hat in dieser Beziehung nicht wenig über sich ergehen lassen müssen.

Wir haben allerdings durchaus nicht das Vertrauen, daß wir künftighin gegen solche Beschimpfungen ein für allemal geschützt sein werden. Rechnen vielmehr sehr stark damit, daß es in der kommenden Friedenszeit ebenfalls wieder Personen und Personengruppen geben wird, denen es einfach Lebensbedürfnis ist, ihre Gegner auf diese Weise zu beschimpfen und sich selbst damit in Empfehlung zu bringen, weil sie das Empfinden haben, andere Empfehlungen reichten für die eigene Geltendmachung nicht aus. Da wird es manchmal von Nutzen sein, an die hier mitgeteilten Kanzlerworte aus der Kriegszeit zu erinnern und diese Worte den Mantel-Patrioten und Patent-Nationalen entgegenzuhalten.

Teuerungszulagen!

„Die geäußerten Wünsche (der Arbeitnehmerverbände um Teuerungszulagen) sind im allgemeinen als berechtigt anzuerkennen. . . Wir empfehlen die Wünsche der Arbeitnehmer unbedingt der Berücksichtigung.“

(Handelsblatt f. d. Gartenbau, Zeitschr. d. Verb. d. Handelsg. Deutschl.)

„Die Berechtigung der Erhöhung der Arbeiterlöhne bzw. Gewährung einer Teuerungszulage muß bei der ganz erheblich verteuerten Lebenshaltung ohne weiteres anerkannt werden.“

(Vereinigung selbst. Gärtner Württembergs.)

Nachrichten von unsern Mitgliedern im Felde.

Aus dem Gau Hamburg:

Bunterock, Hamburg, liegt verwundet im Res.-Laz. Mergentheim. — Andreas Lechner, Hamburg, verwundet. — Gaumert, Hamburg, schwer verwundet. — Fritz Hoppe, Hannover, zum dritten Male verwundet. — Fr. Schmalköke, Hannover, liegt in der Augenklinik in Darmstadt, Frankfurter Straße 42. — Fr. Gallwitz, wurde verschüttet, liegt jetzt im Marinekrankenhaus, Frankfurt a. M.

Aus dem Gau Düsseldorf:

K. Krohne, Düsseldorf, läßt seinen bekannten Kollegen hierdurch mitteilen, daß er sich wohlbefindet und läßt grüßen. — Fr. Brüning, Altenessen, liegt verwundet in Köln-Lindenthal, Bachemer Straße 33.

Das Eiserne Kreuz hat erhalten Fritz Hoppe, Hannover.

Rundschau

Zur Erhaltung der diesjährigen Obsternte

haben die preußischen Herren Ressortminister Richtlinien bekannt gegeben, die der Kriegsausschuß für Volksernährung zusammen mit einer von Elise Hannemann verfaßten praktischen Anleitung herausgegeben hat. Die Schrift enthält Anleitungen über das Trocknen von Obst, Gemüse und Kräutern, sonstiges Haltbarmachen, besonders über das Einmachen von Früchten ohne Zucker, Herstellung und Haltbarmachen von Fruchtmus, Marmeladen usw. Hundert Stück der Schrift kosten 10 Mark, einzelne Hefte werden zu 20 Pfennig ausschließlich Porto abgegeben. Bestellungen werden erbeten beim Kriegsausschuß für Volksernährung, Geschäftsstelle, Santsätsrat Dr. Albert Moll, Berlin W 15, Kurfürstendamm 45.

Stiefel ohne Leder.

(Sehr empfehlenswert für unsere Kollegen.)

Die Deutschen Werkstätten in Hellerau bei Dresden haben unter der Bezeichnung „Kriegsstiefel“ Schuhe und Stiefel aus Segeltuch mit Holzsohlen in den Verkehr gebracht, die ganz besonders unseren Kollegen zur Anschaffung empfohlen werden können. Die gegenwärtigen Preise für Lederstiefel sind ja so hoch, daß sie für uns kaum noch erschwinglich; dasselbe ist der Fall mit Reparaturen daran.

Wir haben uns von den „Kriegsstiefel“ Proben kommen lassen und können bestätigen, daß diese dem entsprechen, was die Hersteller darüber sagen, nämlich:

„Die Kriegsstiefel sind hergestellt aus Segelleinen und Holzdicke. Das Oberteil ist imprägniertes Segelleinen, grau oder schwarz. Brandsohlen, Laufsohlen und Absätze sind aus kreuzweis übereinandergelagerten Hartholzdicke wasserfest verleimt. Die Kriegsstiefel sind keine plumpen, schweren Holzschuhe, sie haben beinahe die Form und das Gewicht wie Lederstiefel, und man geht in den Schuhen fast ebenso bequem wie in Lederstiefeln. Die Stiefelsohlen halten wärmer als solche aus Leder, weil Holz ein schlechter Wärmeleiter ist. Die Stiefel sind so weit wasserdicht, als es Lederstiefel auch sind. Sie sollen ein preiswerter Ersatz für Lederschuhe sein. Wenn nach Kriegsende die Materialien auf die alten Preise zurückgehen, werden die Stiefel noch billiger. — Wir fertigen zwei Arten Schuhe. Die eine Art hat eine gelenkige Brandsohle, ebenso hat die äußere durchgehende Sohle ein Gelenk. Die zweite Art hat eine durchgehende feste Brandsohle und ebensolche äußere Sohle. Die letztere Art wähle man, wenn die Stiefel stark gebraucht werden und von unten möglichst wasserdicht sein sollen. — Die zweite Art Stiefel mit der im ganzen durchgehenden dünnen äußeren Sohle wird mit einer Laufsohle in einer Stärke von 15 bis 16 mm ausgeführt. Die Stiefel mit Gelenk werden mit Sohlen von 10 bis 13 mm Stärke versehen. Die Absätze sind in normaler Ausführung mit Eisenecken beschlagen. Auf Wunsch werden die Laufsohlen zur Erhöhung deren Haltbarkeit mit flachen, runden Nägeln und die Absätze mit Gummiplatten versehen. Diese Stiefel verursachen beim Gehen nicht mehr Lärm als feste Lederschuhe. Knaben- und Männerstiefel haben am oberen Schaft Hakenösen, Mädchen- und Damenstiefel bis oben Ringösen.

Das Anbringen neuer Sohlen und Absätze kann man, wenn nur einigermaßen Geschick vorhanden ist, selbst vornehmen; sonst kann es natürlich auch jeder Schuhmacher oder Tischler tun. Zu einem Satz Sohlen und Absätze werden sechs Sohlenschrauben mitgeliefert; die Absatzschrauben können wieder verwendet werden. Sind Sohlen und Absätze abgelaufen, schnürt man den Stiefel vollständig auf, nimmt den Schnürsenkel am besten

ganz heraus, ebenso die Einlegesohle und löst die von außen sichtbaren Schrauben in der Sohle, darauf die inwendigen zwei Sohlenschrauben mittelst eines Schraubenziehers. Die neuen Sohlen mit den bereits vorgebohrten Löchern schraubt man in der Art und Lage der alten Sohlen wieder an. Abgelaufene Absätze entfernt man gleichfalls durch Lösen der zwei inwendig befindlichen Schrauben. Den neuen Absatz befestigt man, indem man die Schrauben wieder eindreht und fest anzieht. Neue Sohlen und Absätze gibt es an den gleichen Stellen zu kaufen, wo die Schuhe verkauft werden.

Wir empfehlen Stiefel aus grauem Segeltuch mehr als aus schwarzem, weil sich das erstere leichter reinigen läßt und länger gut aussieht. — Es ist vor allem darauf zu achten, daß rechtzeitig neue Laufsohlen angebracht werden und die Brandsohle mit dem Segeltuch nicht abgelaufen und beschädigt wird.

Die Kriegsstiefel halten wie Lederstiefel um so länger, je besser man sie pflegt. Sind die Stiefel naß und schmutzig geworden, läßt man sie zunächst trocknen, jedoch nicht auf dem warmen Ofen oder in nächster Nähe desselben, da durch die Einwirkung starker Hitze das Holz reißen kann. Nach dem Trocknen bürstet man die Stiefel mit einer reinen und nicht harten Bürste gut durch. Man nehme aber keine Bürste, die man sonst zum Wischen schwarzer Lederstiefel benutzte. Aller Schmutz wird sich leicht entfernen lassen und das Segeltuch wieder sauber werden. Wenn nach längerem Gebrauch Sohlen- und Absatzränder grau werden, kann man diese genau wie bei Lederstiefeln mit Wichse nachfärben. Es ist nur darauf zu achten, daß das graue Segellein nicht auch mit Wichse beschmiert wird. Die Holzteile sollen bei nassem Wetter und Schnee in trockenem Zustand geölt oder gefirnisset werden. Zum Einreiben des Segelleinens führen wir eine farblose Paste, mit der man das Segeltuch bei nassem Wetter einreibt, und zwar alle 8 bis 14 Tage. Zum Einreiben länger gebrauchter Stiefel führen wir eine schwarze Paste mit den gleichen Eigenschaften der farblosen, die aber außerdem das Segellein schwarz färbt.

Die Kriegsstiefel werden in 21 Größen angefertigt und kosten:

Nr. 27 .. Mk. 5,25	Nr. 34 .. Mk. 7,—	Nr. 41 .. Mk. 8,75
Nr. 28 .. Mk. 5,50	Nr. 35 .. Mk. 7,25	Nr. 42 .. Mk. 9,—
Nr. 29 .. Mk. 5,75	Nr. 36 .. Mk. 7,50	Nr. 43 .. Mk. 9,25
Nr. 30 .. Mk. 6,—	Nr. 37 .. Mk. 7,75	Nr. 44 .. Mk. 9,50
Nr. 31 .. Mk. 6,25	Nr. 38 .. Mk. 8,—	Nr. 45 .. Mk. 9,75
Nr. 32 .. Mk. 6,50	Nr. 39 .. Mk. 8,25	Nr. 46 .. Mk. 10,—
Nr. 33 .. Mk. 6,75	Nr. 40 .. Mk. 8,50	Nr. 47 .. Mk. 10,—

Mit Gummiabsätzen kostet das Paar 60 Pfg. mehr. 1 Paar Ersatzsohlen Nr. 27—36 : 70 Pfg.; Nr. 37—47 : 85 Pfg. 1 Paar Ersatzabsätze Nr. 27—36 : 55 Pfg.; Nr. 37—47 : 65 Pfg. 1 Büchse „wasserfeste Politur“, schwarz oder weiß, 60 mm Durchmesser, kostet 25 Pfg. — Einzelpaare werden nur gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme abgegeben.

Es wird sich empfehlen, daß mehrere Kollegen zugleich bestellen, weil sie dadurch eine Verbilligung der Versandkosten erreichen. — Im besonderen sei noch hervorgehoben, daß diese Stiefel in der Tat sich ganz vorteilhaft auch im Straßenverkehr der Stadt tragen lassen, ohne daß dies irgendwie lästig ist oder etwa auffällt. Allerdings wird man für diesen Zweck nur die Art mit der Gelenksohle verwenden können. Diese Art möchten wir auch den Frauen der Kollegen zur Anschaffung empfehlen. Für Kinder werden die mit durchgehender Sohle vielleicht vorteilhafter sein.

An und für sich sind für Erwachsene Schuhe mit Gelenksohlen zweifellos bequemer, angenehmer, auch bei der Arbeit in der Gärtnerei. Wer aber zumeist im Freilande wirtschaftet und zum Beispiel beim Graben den Fuß auf den Spaten setzen will, wird besser tun, Stiefel mit durchgehender Sohle auszuwählen.

Kollegen, die gelegentlich in unserer Berliner Geschäftsstelle vorsprechen, können sich die dort ausgestellten Proben ansehen. Bestellungen, die bei uns eingehen, geben wir zur Erledigung an die Deutschen Werkstätten weiter.

Die Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 Mk. abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 Mk. eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Überschuß nur den Versicherten! Versicherungsgebiet: Das Deutsche Reich. An allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbmonat-

liche Prämienzahlung von 30 Pfg. an. Günstigste Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen Bei Nichtweiterzahlen der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienvfreie Versicherung. Rückkaufsmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3½ Prozent Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3½ Prozent Zinseszins. Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablaufe der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall mit 10 jähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kinderversicherung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Volksversicherung mit zwangloser Prämienzahlung). Tarif Va: Risikoversicherung mit fallender Versicherungsprämie (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VI: Kindersparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Auskunft bereitwillig bei allen Rechnungsstellen bei allen Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbst auch Prospekte.

Fürsorge-Ausschuß u. Stellennachweis f. kriegsbeschädigte Gärtner

Berlin, Invalidenstr. 42. — Gegründet vom Reichsverbande für den Deutschen Gartenbau Der Fürsorge-Ausschuß steht allen kriegsbeschädigten Gärtnern mit Rat und Tat zur Seite. Gewählte Vertrauensmänner üben im Reich das Amt als Berufsberater aus und suchen in Verbindung mit den Fürsorgestellen neue Möglichkeiten zur Unterbringung Kriegsbeschädigter zu schaffen. — Der A. D. G. V. hat in Fürsorge-Ausschuß eine Vertretung, die ihm gebührenden Einfluß sichert.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

Wilhelm Eichholz,

geb. am 3. März 1896 in Sorau, eingetr. am 22. Juni 1914 in Berlin, zuletzt in Neukölln Mitglied, ist laut Feldpostvermerk gefallen.

Otto Hintze,

geb. am 13. April 1883 in Motzen, eingetr. am 31. Oktober 1909 in Berlin, zuletzt im Bezirk Britz, auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen.

Albert Sommerfeld,

geb. am 8. August 1888 in Heilsberg, eingetr. am 3. November 1910 in Berlin, zuletzt im Bezirk Britz Mitglied, ist auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen.

Fritz Schwarz,

geb. am 18. Dezember 1889 in Ladendorf, eingetr. am 17. November 1913 in Lübeck, ist laut Feldpostangabe gefallen.

Berichtigung.

Der in Nr. 19 als gefallen bekannt gegebene Kollege Ziegler war Mitglied in Heidelberg. Er heißt richtig: **Ludwig Ziegler**, ist geboren am 29. November 1885 in Großwenkheim, eingetreten am 28. Juli 1913.

EHRE IHREM ANDENKEN!

Anzeigenteil.

Ein erfahrener **Gärtner**

für einen größeren, herrschaftlichen Garten gesucht. Kriegsbeschädigte bevorzugt. Angebote mit Lebenslauf, Photographie und Zeugnisabschriften unter Bekanntgabe der Familien- und Militärverhältnisse, sowie der Lohnansprüche unter N. T. 1017 an Hausmanns & Vogler, A.-G., Köln, erb.

Schutz gegen Vogelraub.

Doppelspiegel D. R. S. M.
10 Stück 3,50 M inkl. Verpack.
100 Stück 24,— M inkl. Verpack.
10 verzinkte Ständer . . . 3,— M
Geld vorher od. Nachnahme 20 Pf.
R. Dittmeyer, Berlin C 2, 21